

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-331 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiterin: Frau Paa
e-mail: angelika.paa@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 10.11.05

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 17.11.2005, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **05-F-02-0054**

Aufgabenschwerpunkte der Nassauischen Sparkasse (Naspa)
Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.11.2005

Vorbemerkung:

Sparkassen sind gemäß Hessisches Sparkassengesetz „dem gemeinen Nutzen dienende Wirtschaftsunternehmen“. Das Geschäftsergebnis der Sparkassen ergibt sich demzufolge aus einer optimalen Kapitalrendite, abzüglich der gewollten, infrastrukturellen Daseinsvorsorge. Bestünde ausschließlich ein Geschäftsinteresse, unterschieden sich Sparkassen nicht länger von Geschäftsbanken, was sich in der Anforderung einer entsprechenden Rendite niederschlagen müsste.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005

1. Die Kreditvergabemöglichkeiten eines Geldinstituts werden begrenzt durch seine Eigenkapitalausstattung. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass der Magistrat mit Beschluss Nr. 0951 vom 1.11.2005 beschlossen hat, zur Verstärkung des Eigenkapitals der Nassauischen Sparkasse eine stille Einlage „bis zu einer Maximalhöhe von 90 Mio. € - zuzüglich der von anderen Gewährsträgern nicht oder nicht vollständig genutzter Quoten – zu zeichnen“.
2. Die Sparkassen sind Bestandteil der Daseinsvorsorge, insbesondere für Arbeitnehmer, den Mittelstand und der gewerblichen Wirtschaft. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt deshalb nachdrücklich Überlegungen zu einer Gestaltung der Gebührenordnung durch Sparkassen ab, die mit dem Ziel betrieben wird, sich den besagten Kundenkreis zu entledigen.

Der Vorstand der Naspa wird gebeten, darzustellen,

3. wie der Wiesbadener Mittelstand a) mit Eigenkapital und b) mit Fremdkapital versorgt werden kann, damit Existenzgründer, Klein- und Mittelständler sowie Sanierungen bestmöglich gefördert werden können,
4. mit welchen Qualitätsstandards die Naspa ihre Kunden auch in der Fläche mit Finanzdienstleistungen versorgt,
5. in welchem Umfang die Naspa über das klassische Sparbuch hinaus zur Umsetzung sozialpolitischer Anliegen beitragen kann, insbesondere zur Beratung über Kapital gedeckte Zusatzversicherungen, damit eingedenk des gesetzlich fixierten Absenkens der Renten um ein Drittel durch den Nachhaltigkeitsfaktor sowie der nachgelagerten Besteuerung in Zukunft die finanzielle Belastungen der Kommune im Rahmen der Grundsicherung von derzeit zusätzlichen 3 Mio. € minimiert werden können.

4. 05-F-01-0091

Bildungschancen in Wiesbaden verbessern
Antrag der SPD- Stadtverordnetenversammlung vom 09.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

- dass die Chancen für Kinder auf Teilhabe an Bildung auch in Wiesbaden von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern und von ihrer Herkunft beeinflusst werden;
- dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um Bildungshemmnisse abzubauen und allen Kindern den bestmöglichen Start für ihren Bildungsweg zu ermöglichen und
- dass sich daraus konkrete Handlungsaufträge an den Magistrat ableiten.

Der Magistrat wird deshalb gebeten

- ein Programm zum kontinuierlichen Ausbau von Krippenplätzen vorzulegen;
- die Umsetzung einheitlicher Standards für die frühkindliche Förderung in Kindertagesstätten weiter voran zu treiben;
- ein Konzept für die Elternbildung vorzulegen, durch das die Eltern in die Fördermaßnahmen eingebunden werden.

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005

5. 05-F-03-0123

Gezielt fördern - Zukunft sichern":

Unstrittige Handlungsvorschläge des kommunalen Bildungsberichts und des Gutachtens von Prof. Hradil unverzüglich verwirklichen

Antrag der Stadtverordnetenfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 08.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, den von den Stadträten Wolfgang Hessenauer, Peter Grella und Rita Thies erstellten 'Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' sowie das dazu erstellte Gutachten von Prof. Hradil unverzüglich den zuständigen Ausschüssen und Kommissionen des Stadtparlamentes und des Magistrates zur Beratung zuzuleiten.
2. Der Magistrat soll dafür Sorge tragen, dass die unstrittigen Handlungsvorschläge des kommunalen Bildungsbericht ohne weiteren Verzug umgesetzt werden.
3. Dies heißt insbesondere:
 - Das Sozial- und Schuldezernat werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Integrationsdezernat ein kommunales Handlungsprogramm Eltern- und Familienbildung zur Bekämpfung der Bildungsarmut und zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen in Wiesbaden zu entwickeln.
 - Der notwendige Ausbau der Tagesbetreuungsangebote für Kindern unter drei Jahren wird zur Förderung der frühkindlichen Entwicklung gezielt vorangetrieben.
 - Zur verbesserten Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern aus bildungsfernen Familien werden die Ganztagsangebote an Grundschulen ausgebaut.

Die spezifischen Bedarfe von Kindern mit Migrationshintergrund und von deren familiären Umfeld sind bei der Ausgestaltung der entsprechenden Maßnahmen zu berücksichtigen, wie dies im Integrationsbericht 2004 der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bezug auf den „Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung“ vom Magistrat gefordert wird.

4. Soweit dies durch Punkt 3 nicht bereits abgedeckt ist, sind darüber hinaus folgende Handlungsschritte anzugehen:
 - Die Schulen sollen gemeinsam mit der Schulsozialarbeit Strategien der Förderung und Krisenintervention - insbesondere bei männlichen Migranten - verstärken, um die Bildungsabbrüche und Schulabgänge ohne Abschluss deutlich zu reduzieren.
 - Zielgruppengenaue, elternnahe und dezentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Familienbildung sind weiter zu verstärken.
 - Die Sprachförderung von drei- bis sechsjährigen Kindern und von ihren Eltern wird gezielt ausgebaut.
 - Um den eigenständigen Bildungs- und Erziehungsbeitrag von Eltern, Initiativen, Vereinen und anderen nicht-kommunalen Institutionen zu stärken, werden deren selbst organisierten Angebote verstärkt gefördert und mit dem Leistungsangebot von KiTas, Schulen und Horten vernetzt.
 - Es gilt die Erfahrungen von erfolgreichen Schulen wie z.B. der Goetheschule im Hinblick auf ein 'Best-practice'-Verfahren zu nutzen, um Kindern aus bildungsfernen Schichten und um Kindern mit Migrationshintergrund mit entsprechenden Handlungskonzepten zu guten schulische Ergebnisse zu führen und die Abwanderung von Kindern aus bildungsnahen Schichten zu verringern. Deshalb soll die Übertragbarkeit dieser Konzepte (z.B. die konsequente Durchführung eines muttersprachlichen Unterrichtes und dessen Eingliederung in den Vormittagsunterricht, die interkulturelle Erziehung und der interkulturelle Unterricht) auf

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005

andere Schulen untersucht und die hieraus gewonnenen Erkenntnisse umgehend umgesetzt werden.

5. Der Magistrat wird gebeten, die oben beschriebenen, neuen und an den Schulen verstärkt anzugehenden Bildungsziele in einem Sonderprogramm „Gezielt fördern – Zukunft sichern“ zusammenzufassen und umgehend die finanziellen Kosten hierfür darzustellen.
6. Ebenso wird der Magistrat gebeten, die im Gutachten von Prof. Hradil angesprochenen wissenschaftlichen Nachuntersuchungen auf ihre Plausibilität hin zu überprüfen und die finanziellen Mittel für eventuell notwendige ergänzende Studien im Haushalt 2006 bereitzustellen.
7. Um all die genannten Anstrengungen auf einander abzustimmen und die Kompetenz von Experten, von Eltern, Vereinen, anderen nicht-kommunalen, bildungsrelevanten Institutionen sowie der Vertreter der vorschulischen und schulischen Bildungseinrichtungen zu nutzen, bereitet der Magistrat umgehend die Durchführung eines kommunalen Bildungsgipfels vor. Hierzu beruft er eine Vorbereitungsgruppe ein und legt fest, welchem Dezernat die Federführung in der Konzepterstellung, Organisation und Umsetzung des Bildungsgipfels übertragen wird.

6. 05-F-05-0016

Schulwettbewerb zur Förderung unternehmerischer Selbstständigkeit
Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 08.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Anteil der unternehmerisch Selbstständigen liegt in Deutschland deutlich niedriger als im Durchschnitt der OECD-Länder. Angesichts der anhaltend angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt gewinnt aber unternehmerische Selbstständigkeit als eine Form beruflicher Arbeit zunehmend an Bedeutung. Die Stadt Wiesbaden steht in der Verantwortung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern.

Die Förderung und Unterstützung von Unternehmensgründungen ist primär Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Allerdings kann auch das Bildungswesen einen Beitrag leisten, indem neben der Vermittlung von entsprechendem Fachwissen auch Qualifikationen gefördert werden, die Voraussetzung für eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit sind wie etwa Eigeninitiative, Kreativität, Motivation, Verantwortungsbewußtsein und Kommunikationsfähigkeit. Besonders hilfreich ist in diesem Zusammenhang, wenn Schulen ihren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, durch Mitarbeit in einer sog. Schülerfirma die Grundprinzipien, Chancen und Risiken unternehmerischen Handelns praktisch zu erfahren.

Der Magistrat wird daher beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kammern einen Wettbewerb zu organisieren, um innovative Schulprojekte zur Förderung einer Kultur unternehmerischer Selbstständigkeit zu prämiieren. Die Finanzierung des Wettbewerbes und der Prämien sollte – wenn möglich – durch Sponsoren aus der heimischen Wirtschaft erfolgen. Die Stadt Wiesbaden wird Hilfestellung geben, indem bereits vorhandene Projekte dokumentiert werden und ein Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen organisiert wird.

7. 05-F-04-0007

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005

Verbesserung des Angebotes sinnvoller Freizeitbeschäftigungen für
Jugendliche und Heranwachsende
Antrag des Fraktionsstatusinhabers Die Republikaner vom 09.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das bestehende geeignete Angebote in der Zielgruppe bekannter macht.
2. Der Ausbau des Angebotes von Ganztagschulplätzen wird von der Landeshauptstadt Wiesbaden mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt.
3. Der Magistrat wird beauftragt, ein Modell zu entwickeln, das ehrenamtliche Aktivitäten von Lehrern (auch solchen im Ruhestand) fördert, die sich der Freizeitbetreuung im schulischen Bereich widmen.

8. 05-F-06-0012

Situation der Ausbildungsplatzsuchenden in der Landeshauptstadt Wiesbaden
Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 09.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

- 1) Wie viele Jugendliche in der Landeshauptstadt Wiesbaden haben in diesem Jahr im Anschluss an den Schulbesuch einen Ausbildungsplatz erhalten?
- 2) Wie viele von diesen Jugendlichen haben diesen Ausbildungsplatz im so genannten Nachvermittlungsverfahren erhalten?
- 3) Wie viele Jugendliche haben nach Verlassen der Schule bislang keinen Ausbildungsplatz erhalten?

Die Antworten zu 1) bis 3) sollen hinsichtlich zuvor erworbenem Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (deutsch – ohne deutsche Staatsangehörigkeit) differenziert werden.

- 4) In welcher Situation befinden sich die bislang erfolglosen Ausbildungsplatz-Bewerber/innen aktuell (Erwerbstätigkeit ohne Ausbildung, Erwerbslosigkeit, weiterer Schulbesuch, andere Situation)?
- 5) Wie hat sich die Situation der Bewerber/innen um einen Ausbildungsplatz hinsichtlich der unter 1) bis 4) gestellten Fragen in den Jahren 2003 – 2005 in der Landeshauptstadt Wiesbaden entwickelt?
- 6) Welche konkreten Aktivitäten wurden seitens der Landeshaupt Wiesbaden in diesem Jahr unternommen, um dazu beizutragen, dass möglichst alle Ausbildungsplatz-Bewerber/innen einen qualifizierten Ausbildungsplatz erhalten?
- 7) Welche Aktivitäten sind diesbezüglich im Hinblick auf den nächsten Schulabschluss-Jahrgang geplant?

9. 05-F-02-0044

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005

Gedenken an das Schicksal der Vertriebenen
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich einmalig mit fünf Cent pro Einwohner zugunsten der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ zu beteiligen und damit zum offiziellen Paten der Stiftung zu werden;
2. sich darum zu bemühen, Teile der Patenschaft durch Sponsoren finanzieren zu lassen;

10. 05-F-01-0071

2. Bauabschnitt Kinderspielplatz Blücherplatz
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 15.09.2005 –

Nach der Realisierung des ersten Bauabschnittes des Blücherplatzes im Jahre 2001 lässt die Fertigstellung des 2. Bauabschnittes bis heute weiter auf sich warten. Bereits für diesen Zweck bereitgestellte Mittel wurden seinerzeit vom zuständigen Dezernenten zurückgezogen und im Doppelhaushalt 2004/2005 in Höhe von 269.000€ erneut eingestellt. Nach mehrfacher Anmahnung durch den Ortsbeirates Westend teilte der zuständige Dezernent jetzt mit, es stünden für diesen Zweck keine Mittel mehr zur Verfügung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die im Doppelhaushalt 2004/2005 eingestellte Summe zur Realisierung des zweiten Bauabschnittes Blücherplatz zur Verfügung zu stellen und das Projekt anhand der vorliegenden Planungen schnellstmöglich zu realisieren.

11. 05-F-01-0073

Newsletter 2 der Kurbetriebe
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein externes Gutachten zum Newsletter 2 'Parkhaus unter dem Bowling-Green' der Kurbetriebe zu erstellen, das Auskunft darüber gibt

- ob in dieser Publikation Aussagen getroffen werden, die als parteipolitisch zu werten sind;
- inwieweit Dezernenten in Publikationen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, generell parteipolitische Aussagen treffen dürfen;

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005

- ob die im Newsletter zitierten Aussagen von Stadtrat Bendel mit den beamtenrechtlichen Pflichten zur (partei-)politischen Mäßigung und mit dem Gebot vereinbar sind, städtische Mittel nicht für parteipolitische Zwecke einzusetzen.

Der Magistrat wird ferner gebeten zu berichten, ob er inzwischen Schritte unternommen hat – und wenn ja welche – um einen weiteren Missbrauch städtischer Veröffentlichungen für parteipolitisch motivierte Verunglimpfungen in Zukunft zu verhindern.

12. 05-F-05-0013

Stadtpläne

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

1. Für Besucher der Stadt möglichst flächendeckend öffentliche Stadtpläne mit Straßenverzeichnis aufzustellen. Hierfür geeignete Standorte wären beispielsweise am Bahnhof, an Bushaltestellen und weiteren stark frequentierten Punkten, wie Mauritiusplatz, Kranzplatz, Platz der Deutschen Einheit, Kurhaus, Rhein-Main-Halle und Stadion an der Berliner Straße.
2. Die Stadtpläne so zu gestalten und so im Stadtgebiet zu positionieren, dass sie das Image Wiesbadens als Kur- und Kongressstadt verbessern.
3. Zur Schonung des städtischen Haushalts Sponsoren zu gewinnen, beispielsweise Hotels, ESWE, Firmen, Einzelhandel, Kliniken usw..

13. 05-F-03-0108

Misstände im ÖPNV auf der Schiene beheben

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die mangelhafte Leistung der Deutschen Bahn AG auf der Linie 10 zwischen Wiesbaden und Koblenz.

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass die miserablen Verhältnisse der Bahn mit der Bahnlinie 10 verbessert und die Misstände behoben werden. Hierzu sind mit RMV und Deutscher Bahn AG Verhandlungen zu führen. Der Bahn ist deutlich zu machen, dass diese Misstände nicht

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005

länger hinnehmbar sind.

2. Es ist zu prüfen, ob der mit der DB für die Bedienung der rechtsrheinischen Strecke getroffene Vertrag in Zusammenarbeit mit dem RMV wegen mangelhaft erbrachter Leistungen der Deutschen Bahn AG vorzeitig gekündigt werden kann.
3. Sollte dies der Fall sein, spricht sich die Stadtverordnetenversammlung dafür aus, dass der RMV möglichst bald die Vergabe der Strecke ausschreibt und ein anderer geeigneter Bewerber zum Betreiben dieser Strecke gesucht wird.

14. 05-F-01-0090

Sachstand Tiefgarage Elsässer Platz
Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie der Sachstand der Planungen einer Tiefgarage am Elsässer Platz ist, bzw. ob bereits ein Ergebnis der Ausschreibung zu diesem Projekt vorliegt.

15. 05-F-03-0121

Beitritt zur "Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main Gemeinnützige GmbH"
Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Regionalpark ist ein Gemeinschaftsvorhaben der Gebietskörperschaften im Rhein-Main-Gebiet und besticht durch herausragende Angebote und Konzepte zur Bewahrung und Vernetzung traditioneller Kulturlandschaften, der Entwicklung regionaler Grünzüge und für ein Netz landschaftlich und kulturell reizvoller Routen und Wegeverbindungen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist bislang weder Mitglied des Planungsverbandes, der die Regionalparkidee federführend voran treibt noch engagiert sich die hessische Landeshauptstadt innerhalb der im Sommer 2005 neu gegründeten gemeinnützigen GmbH zum Regionalpark.

Um dieser Abkopplung Wiesbadens von der Region in zentralen Planungsfragen entgegen zu wirken und um der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Beteiligung bei der Sicherung und Fortführung der Regionalpark-Idee zu sichern, wird der Magistrat gebeten, den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zur „Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main Gemeinnützigen GmbH“ herbeizuführen.

16. 05-F-06-0013

Berufsorientierende und -qualifizierende Arbeit des Mädchentreffs sichern
Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 09.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden schätzt die berufsorientierenden und –qualifizierenden Angebote des Mädchentreffs als wertvolle Maßnahmen.

Für die Arbeit des Mädchentreffs ist zumindest der bisherige Zuschuss in Höhe von € 43.000 pro Jahr zu gewähren.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

- 1. 05-V-01-0028 DL 26/05-1**

Bürgerbeirat Wiesbaden - Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 50. Sitzung am 17.08.2005

- 2. 05-V-01-0031 DL 31/05-1**

Bürgerbeirat Wiesbaden - Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 51. Sitzung am 14.09.2005

- 3. 05-V-04-0007 DL 26/05-2**

Üpl. Genehmigung von Personalausgaben im Bereich des Dezernates IV für das Rechnungsjahr 2005

- 4. 05-V-05-0008 DL 26/05-3**

Fortsetzung des Therapieangebot für Spielsüchtige

5. **05-V-08-0006** **DL 26/05-4**

Investitionsbudget Schulen - Beschleunigungsprogramm

6. **05-V-10-0013**

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und anderen Einrichtungen; Nachfolge Stadträtin Thies

ANLAGE

7. **05-V-12-0002** **DL 26/05-5**

Weiterbildung in Wiesbaden

8. **05-V-20-0042** **DL 30/05-3, 29/05-3**

Investitionscontrolling 3. Quartal 2005

9. **05-V-20-0044** **DL 29/05-4**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

10. **05-V-31-0007** **DL 26/05-6**

Genehmigung von üpl. Mitteln zur Deckung von Portokosten

11. **05-V-33-0006** **DL 27/05-1**

Integrationsbericht 2004

12. **05-V-40-0024** **DL 35/05-3, 26/05-7**
Joseph-von-Eichendorff-Schule - Mittelfreigabe im Rahmen des Beschleunigungsprogrammes
13. **05-V-40-0026** **DL 30/05-5, 29/05-6**
Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule;
Grundsatzgenehmigung der Sanierung - Mittelfreigabe im Rahmen des Beschleunigungsprogrammes
14. **05-V-40-0032** **DL 26/05-8**
Fußball- WM 2006;
Vorbereitung und begleitende Veranstaltungen in Wiesbaden zur Fußball- WM 2006; Talente 2006 - Die Fifa in der Schule
15. **05-V-41-0026** **DL 32/05-1, 30/05-6, 29/05**
Jubiläums - Veranstaltung "25 Jahre Rock für Wiesbaden e. V. " in 2006
16. **05-V-51-0020** **DL 30/05-7, 29/05-8**
Mobiler Dienst für Eingliederungshilfen in Kindertagesstätten
17. **05-V-51-0028** **DL 26/05-9**
Schaffung und Finanzierung von zusätzlichen Angeboten der Tagesbetreuung für Arbeitssuchende aus dem SGB II
18. **05-V-52-0017** **DL 26/05-10**
Sporthalle Berufsschulzentrum I (Wettinerstraße);
Erneuerung der Hallenfenster und Flachdachsanierung Zwischenbau

19. **05-V-64-0016** **DL 33/05-1, 32/05-3**
Aktualisierung SNB 2006/2007 Wiesbaden und AKK
20. **05-V-66-0229** **DL 31/05-2**
Webergasse / Spiegelgasse; Erneuerung der Oberfläche
21. **05-V-66-0231** **DL 31/05-3**
Konrad-Adenauer-Ring;
Querungshilfe zwischen Schiersteiner Straße und Karlsbader Platz
22. **05-V-66-0235** **DL 31/05-5**
Fußgängerquerungshilfe Niedernhausener Straße, Wiesbaden-Rambach
23. **05-V-66-0307** **DL 26/05-12**
Kündigung der Vereinbarung zur Straßenoberflächenwiederherstellung mit den
ESWE-Versorgungsbetrieben
24. **05-V-66-0318** **DL 31/05-6**
Hauptprüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076 in Wiesbaden
25. **05-V-66-0319** **DL 32/05-6**
Hauptprüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076 in AKK
26. **05-V-66-0320** **DL 32/05-7**
Mittelfreigabe für das Fahrbahndeckenprogramm in AKK 2006

27. **05-V-66-0321** **DL 32/05-8**
Mittelfreigabe für das Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden 2006
28. **05-V-66-0322** **DL 32/05-9**
Mittelfreigabe für das Frostschadenprogramm in Wiesbaden 2006
29. **05-V-66-0323** **DL 32/05-10**
Mittelfreigabe für das Frostschadenprogramm in AKK 2006
30. **05-V-66-0324** **DL 32/05-11**
Mittelfreigabe für das Gehweginstandsetzungsprogramm in Wiesbaden 2006
31. **05-V-66-0325** **DL 32/05-12**
Mittelfreigabe für das Gehweginstandsetzungsprogramm in AKK 2006
32. **05-V-67-0012** **DL 30/05-17, 29/05-18**
Umgestaltung der Reisinger- und Herbert-Anlagen
33. **05-V-69-0008** **DL 30/05-18, 29/05-19**
Wohnungsbauprogramm 2004

Tagesordnung III

1. **04-V-61-0054** **DL 30/05-1, 29/05-1**
Bebauungsplanentwurf "Bangert" im Ortsbezirk Kloppenheim;
- Beschluss über die Anregungen zur 1. öffentlichen Auslegung
- Änderungsbeschluss
- Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung

- 2. 05-V-31-0003 DL 30/05-4, 29/05-5**

Bereitstellung von apl/üpl Mittel zur Beschaffung eines zusätzlichen Messgerätes für die stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage

- 3. 05-V-61-0022 DL 30/05-8, 29/05-9**

Flächennutzungsplanänderung "Nahversorgung Breckenheim" im Ortsbezirk Breckenheim - Entwurfsbeschluss -

- 4. 05-V-61-0023 DL 30/05-9, 29/05-10**

Vorhaben und Erschließungsplan (VEP) "Nahversorgung Breckenheim" im Ortsbezirk Breckenheim
Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes

- 5. 05-V-61-0028 DL 30/05-10, 29/05-11**

Flächennutzungsplanänderung "Gartenstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Feststellungsbeschluss -

- 6. 05-V-61-0029 DL 30/05-11, 29/05-12**

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Pfarrgarten" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Beschluss über den Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

- 7. 05-V-61-0032 DL 26/05-11**

Bebauungsplan "Tennelbachtal - 2. Änderung - Bereich nördlich der Höhenstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg

8. **05-V-61-0034** **DL 30/05-12, 29/05-13**
Rahmenplanung "Güterbahnhof - West" 1. Fortschreibung in den Ortsbezirken Biebrich, Dotzheim und Rheingauviertel/Hollerborn;
Städtebaulicher Vertrag
ANLAGE
9. **05-V-61-0041** **DL 30/05-13, 29/05-14**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Güterbahnhof West" in den Ortsbezirken Rheingauviertel / Hollerborn, Biebrich und Dotzheim -
Änderungsbeschluss -
10. **05-V-61-0035** **DL 28/05-1**
Flächennutzungsplanänderung "Südlich der Friedrich-List-Schule" im Ortsbezirk Südost";
- Änderungs- und Entwurfsbeschluss -
11. **05-V-61-0036** **DL 28/05-2**
Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Südlich der Friedrich-List-Schule" im Ortsbezirk Südost;
Beschluss über den Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und Offenlagebeschluss
12. **05-V-61-0043** **DL 30/05-14, 29/05-15**
Bebauungsplanentwurf "Sooderstraße/Pfahlerstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
- Beschluss über die Aufhebung der Bebauungspläne "Sonnenberg 1963/1" (Sooderstraße) und "Sonnenberg 1969/2" (Bahnhofstraße)
13. **05-V-61-0044** **DL 30/05-15, 29/05-16**
Bebauungsplanentwurf "Sooderstraße/Pfahlerstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Veränderungssperre

14. 05-V-66-0101

DL 35/05-4, 32/05-4

Neufassung der Ortssatzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Landeshauptstadt Wiesbaden

15. 05-V-66-0203

DL 32/05-5

Berliner Straße / Kreuzberger Ring (östl. Einmündung); Bau einer Lichtsignalanlage

ANLAGE

16. 05-V-66-0223

DL 30/05-16, 29/05-17

Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes Wiesbaden (VEP)

17. 05-V-80-6002

DL 31/05-7

Beschleunigung von Vergabeverfahren;
befristete Änderung der Dienstanweisung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL)

ANLAGE

18. 05-A-16-0012

Antrag des Jugendhilfeausschusses zum Thema Konsolidierungsbeitrag/Kürzung der Zuschüsse im Bereich der Freien Träger der Jugendhilfe

ANLAGE

19. 05-V-04-0006

DL 35/05-1

Fahrplanwechsel am 11.12.2005

ANLAGE

20. 05-V-66-0234

DL 31/05-4

Unfallpunkt-Beseitigungsprogramm 2006;
Schiersteiner Straße / 2. Ring: Umbau des Mittelstreifens Schiersteiner Straße
zur Errichtung einer 2. Linksabbiegerspur

Zu den nachstehenden Punkten tagt der Ausschuss für Soziales vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

21. 05-V-80-6003

DL 32/05-13

Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit

ANLAGE

22. 05-F-06-0011

Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit - Änderung der
Vergabepaxis der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 21.09.2005 -

ANLAGE

23. 05-F-03-0105

Wiesbaden gegen ausbeuterische Kinderarbeit
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.2005 -

ANLAGE

24. 05-V-51-0027

DL 32/05-2

Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Rechnungsjahr 2006

25. 05-V-69-0004

DL 26/05-13

Soziale Stadtteilentwicklung Biebrich Süd-Ost und Inneres Westend;
Zuschussprogramme "Grüne Höfe"

26. **05-V-69-0006** **DL 28/05-3**

Projekt Soziale Stadtteilerneuerung Inneres Westend;
Errichtung einer Bewegungshalle mit Nebenräumen im "Wellritzhof"

Tagesordnung IV

1. **05-V-05-0002** **DL 23/05-1 NÖ**

Übertragung des städtischen Telekommunikationsnetzes auf ESWE
Versorgungs AG

ANLAGE

2. **05-V-20-0041** **DL 31/05-1 NÖ**

Bürgschaft Nr. 523 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft
zugunsten der Rhein-Main-Hallen Wiesbaden Betriebsgesellschaft mbH

3. **05-V-20-0048** **DL 32/05-1 NÖ**

Stille Einlage bei der Naspas zur Eigenkapitalverstärkung

4. **05-V-36-0035** **DL 32/05-2, 31/05-9 NÖ**

Zukunft des Umweltlabors

5. **05-V-67-0020** **DL 28/05-1 NÖ**

Sanierung des Hofgutes Fasanerie; Zuschuss (1. Rate) an den Förderverein
Fasanerie

6. **05-V-70-0014**

DL 26/05-2 NÖ

Ankauf des Grundstückes Gemarkung Delkenheim, Flur 3, Flst. 3/7 zur Errichtung eines Pumpwerks, eines Regenüberlaufbeckens und einer Druckleitung

7. **05-V-80-2337**

DL 26/05-3 NÖ

Westring in Wiesbaden-Nordenstadt; Fortführung Sachstandsbericht zum Stand der Ankaufsverhandlungen inklusive der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen

8. **05-V-80-2344**

DL 26/05-4 NÖ

Verzeichnis der vom 01.04.2005 bis 30.06.2005 genehmigten Grundstücksvorlagen

9. **05-V-36-0037**

DL 26/05-1 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 28.07.2005

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin